

Nein zu Subventionierung von Branchen

Industrie- und Handelskammer Binnenwirtschaft läuft robust, aber Temperatursturz im Export

VON MATHIAS KÜNG

Der Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), Daniel Knecht, und Geschäftsleiter Peter Lüscher setzen angesichts der Eurokrise auf die Nationalbank und Massnahmen zur gezielten Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Im Gespräch legen sie dar, wie Exportfirmen reagieren.

Monatelang erklomm der Franken laufend neue Höchststände. Die Schmerzgrenze für die Exportindustrie ist längst erreicht. Wo ist die Situation am schwierigsten?

Daniel Knecht: Am schwierigsten ist es für exportlastige Betriebe, die eine hohe Wertschöpfung in Franken haben und Produkte anbieten, die nicht einzigartig sind. Sie haben folglich keine starke Preissetzungsmacht. Am stärksten trifft es die KMU. Grosse Firmen können beim Einkauf im Euro- oder Dollarraum eher günstigere Preise durchsetzen. Und was die Importe betrifft: Die erzielten Währungsvorteile der Importeure sind unbedingt weiterzugeben!

Haben KMU so unterschiedliche Bedürfnisse, dass sie nicht über Einkaufspools günstiger beschaffen können?

Knecht: Das ist sehr schwierig und arbeitsintensiv. Zudem basiert jedes KMU auf einem eigenen Versorger-Netzwerk. Man könnte gewiss den Lieferanten wechseln, um zusammen gemeinsam stärker aufzutreten. Das geht aber nicht von heute auf morgen. Wenn dann aber ein bisheriger Abnehmer neue Strukturen aufbaut und den Lieferanten gewechselt hat, bleibt er nachher am neuen Ort. Dieser grossen Gefahr sollten sich diejenigen Importeure bewusst sein, die die Währungsvorteile nicht an ihre Kunden weitergeben.

Peter Lüscher: Es ist zu bedenken, dass der Industrieanteil im Aargau sehr hoch ist. Wir haben in diesem Sektor vorab kleine KMU mit durchschnittlich 16 Mitarbeitenden. Die Exportausrichtung ist mit 40 Prozent der gesamten aargauischen Wertschöpfung sehr hoch. Bei den Industrieunternehmen sind es im Durchschnitt sogar 70 Prozent. Sie exportieren meist in den Euroraum, sind also auch stark Euro-abhängig. Kommt dazu, dass in der Maschinenindustrie die Margen eher niedrig sind.

Wie viele Firmen arbeiten denn nur noch knapp oder nicht mehr kostendeckend und überlegen sich höchst unpopuläre Massnahmen?

Knecht: Namen darf ich hier nicht nennen. Es gibt aber Firmen im Kanton, die in den nächsten vier bis sechs Wochen entscheiden, ob sie unter dem enormen Druck des starken Frankens gewisse Produktionslinien ins Ausland auslagern müssen. Die Frankenüberbewertung bewirkt tektonische Verschiebungen, ein regelrechtes Erdbeben. Denn bedenken Sie: 60 Prozent unserer Exporte gehen in den Euro- und 30 Prozent in den Dollarraum.

Kann man die Zahl der Firmen nennen, die aufgrund der Euroschwäche in rote Zahlen rutschen?

Lüscher: Eine Erhebung von Swissmem (Verband der Maschinenindustrie) zeigt, dass 87 Prozent der Mitgliedfirmen unter der Frankenstärke leiden. Ein rechter Teil davon ist schon in den roten Zahlen. Der Aargau hat viele Swissmem-Firmen. Ich gehe davon aus, dass die Situation mit der gesamtschweizerischen vergleichbar ist.

Und was tun die? Sind in weiteren Firmen höhere Arbeitszeiten oder Lohnsenkungen zu befürchten?

Knecht: Es gibt grundsätzlich zwei Wege. Beide werden beschritten. Wo das möglich ist, werden die Preise er-



Daniel Knecht (links) und Peter Lüscher: Preiserhöhung im Export geht nur bei einzigartigem Produkt. A. SPICHALE

höht bzw. in Franken vereinbart. Das funktioniert natürlich nur so lange, als es zu diesen Produkten im Euroraum keine Alternative gibt. Die Preiserhöhung tut den Abnehmern im Euroraum sehr weh. Bedenken wir: Für uns ist der Euro um einen Drittel schwächer geworden. Aus Sicht eines Deutschen sind wir aber um fast 50 Prozent teurer geworden!

Und welches ist der zweite Weg?

Knecht: Das sind Kostensenkungen. Das machen vorab Unternehmen, die im Ausland keine grosse Preissetzungsmacht haben. Sie versuchen zuerst einmal alles, um Vorprodukte im Euro- und Dollarraum günstiger zu beschaffen. Es gibt Betriebe, die in dieser ausserordentlichen Situation über verlängerte Arbeitszeiten die Lohnkosten senken. Oder die Löhne differenzieren senken.

Wie bei der Firma Franke?

Knecht: Ja, deren Lösung dünkt mich gut vertretbar. Die Leute an der Werkbank behalten den vollen Lohn, damit ihre Kaufkraft erhalten bleibt. Sie müssen aber eine halbe Stunde pro Tag länger arbeiten. Und von den Kadern verlangt man ein Lohnopfer. Dafür verzichtet das Unternehmen auf wirtschaftlich bedingte Küнди-

programm. Jetzt ist die Notwendigkeit noch grösser, besser zu werden.

Wie sieht es in den Auftragsbüchern aus? Sind die noch gefüllt?

Knecht: Es gibt solche, die noch sehr gut ausgelastet sind. Andere, deren Produkte substituiert werden können, kämpfen mit einem tieferen Auftragseingang. Insgesamt sind die Auftragseingänge mittelfristig rückläufig. Wir hören dies in Gesprächen mit Unternehmern.

Das tönt nicht gut. Sind bei anhaltender Frankenstärke Entlassungen zu befürchten?

Knecht: Eins möchte ich vorausschicken: In der Binnenwirtschaft läuft es sehr gut. Exportbetriebe in Not müssen bei ihren Massnahmen also aufpassen, dass sie nicht Know-how-Träger an andere Betriebe verlieren. Sollten solche Betriebe indessen Mitarbeitende freisetzen, glaube ich, dass sie andernorts gute Jobchancen hätten. Für das Gastgewerbe in den Tourismuskantonen und für schlecht qualifizierte Mitarbeitende wäre es allerdings schwieriger.

Lüscher: Wir wollen nicht schwarz malen. Kurzfristig rechnen wir nicht mit einer dramatischen Verschlechterung am Arbeitsmarkt. Die Konjunktur läuft bisher gut. Viele Exportfirmen sind immer noch sehr gut ausgelastet. Wäre der Wechselkurs nicht so miserabel, würden sie Superresultate schreiben.

Deshalb?

Lüscher: Deshalb überlegen sie sich sehr gut, ob sie Stellen abbauen oder nicht. Anzeichen für eine Verschlechterung im Arbeitsmarkt gibt es erst wenige. Die Zahl der offenen Stellen ist im Juli etwas zurückgegangen. Es sind aber immer noch mehr als vor der US-Immobilienkrise. Zudem werden manchenorts ja noch Leute gesucht. Sollte es hier drehen, würde wohl zuerst auf die Besetzung offener Stellen verzichtet. Und wie Daniel Knecht sagt: Gut qualifizierte Mitarbeitende fänden rasch eine Stelle. Die Frage von Kurzarbeit würde sich erst bei mangelnder Auslastung stellen. Derzeit ist aber nicht dies das Problem, sondern die schlechte Ertragslage.

In vier bis sechs Wochen können in einigen Firmen weitreichende Entscheide fallen. Wie stark müsste der Franken sinken, um das abzuwenden?

Knecht: Das ist von Firma zu Firma verschieden. Der Euro müsste aber

nach dem, was ich im Gespräch mit Unternehmern höre, mindestens wieder Fr. 1.25 bis 1.30 wert sein. Ich fürchte, dass die Euroschwäche uns noch Monate, wenn nicht Jahre beschäftigen wird.

Was erwarten Sie von der Nationalbank über das, was getan wurde, hinaus?

Knecht: Wir erwarten, dass sie die durch die Eurokrise ausgelösten tektonischen Verwerfungen in unserer Exportwirtschaft begrenzt. Es ist an ihr, zu entscheiden, wie sie das tut. Sie ist unabhängig. Das hat sich bewährt. Wir müssen aber wieder mehr Verfügungsgewalt über unsere Wäh-

«Immer noch mehr offene Stellen als vor der US-Immobilienkrise.»

Peter Lüscher,
Geschäftsleiter AIHK

rung bekommen. Es kann nicht sein, dass die Währung unseres kleinen Landes zum Rettungsboot für den Euro- und Dollarraum wird, derweil Länder wie die USA ihre Währungen verluern lassen und unsere Wirtschaft dann auf der Strecke bleibt!

Die Nationalbank könnte noch mehr tun. Muss sie das?

Knecht: Die AIHK hütet sich, konkrete Massnahmen zu benennen. Ich persönlich glaube aber, dass sie ihren Giftschrank wird öffnen müssen, um Spekulanten wirksam abzuschrecken. Das kann bis und mit zu Kapitalverkehrsrestriktionen gehen, wie es die Brasilianer tun.

Der Bundesrat hat ein Massnahmenpaket verabschiedet. Was halten Sie davon?

Knecht: Kurzfristig hilft nur eine Schwächerbewertung des Frankens. Wir begrüssen Massnahmen zur gezielten Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur Stärkung der Innovationskraft. Eine Subventionierung einzelner Branchen lehnen wir ab. Die Schweiz braucht keine Industriepolitik. Wichtig ist aus unserer Sicht auch, dass die Politik die Nationalbank bei der Korrektur der Überbewertung des Frankens unterstützt, ohne ihr dreinzureden.

Daniel Knecht, Präsident Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK), **Peter Lüscher** ist AIHK-Geschäftsleiter